

Pressemeldung und offener Brief

Durch Abschiebepolitik droht komplette Pflegeheim-Schließung

Das Land Niedersachsen will mitten im Pflegenotstand dringend benötigte Pflegekräfte abschieben: Nun ist ein komplettes Heim für schwer demenzkranke Menschen von der Schließung bedroht

12.11.2024. Das Pflegeheim Haus Wilstedt ist das Zuhause für 48 schwer demenzkranke Menschen. Weil die niedersächsische Landesregierung bis diesen Donnerstag ein Drittel der Pflegekräfte abschieben will, droht die Heimschließung. Die Heimbewohner müssen dann auf rare, oft weit entfernte Pflegeheime verteilt werden – oftmals schließt sich dann auch eine Unterbringung in der geschlossenen Psychiatrie an, da Demenzerkrankte schwer mit Veränderungen klarkommen und sensibel darauf reagieren. Dies ist auch für die Angehörigen eine große Belastung. Angehörige und Belegschaft haben sich nun zusammengeschlossen und kämpfen für das Bleiberecht der aus Kolumbien stammenden Pflegekräfte und das Zuhause der Patientinnen und Patienten.

In Haus Wilstedt, einem niedersächsischen Pflegeheim nahe Bremen, arbeiten zehn Pflegekräfte, die aus Kolumbien stammen, die ersten von ihnen könnten ab dem 16. November abgeschoben werden.

Sollten die Pflegekräfte tatsächlich abgeschoben werden, muss das Pflegeheim schließen – die schwer demenzkranken Menschen, die dort derzeit wohnen, verlieren ihr letztes Zuhause. Denn Haus Wilstedt ist das einzige auf Gerontopsychiatrie spezialisierte Heim der Landkreise Rotenburg und Osterholz-Scharmbeck.

Die Angehörigen, die Belegschaft des Heims und die Heimleitung Andrea und Tino Wohlmacher wenden sich in einem offenen Brief (siehe Anhang) an Bundesminister Hubertus Heil, Bundesministerin Nancy Faeser, Bundesminister Prof. Dr. Karl Lauterbach, Ministerpräsident Stephan Weil und die Fraktionsvorsitzenden des Landtags Niedersachsen sowie des Bremer Senats. Sie fordern, dass die Abschiebung der betreffenden Pflegekräfte ausgesetzt wird und diese eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung erhalten, damit sie in Haus Wilstedt weiter beschäftigt werden.

„Wir waren entsetzt zu erfahren, dass die Menschen, die sich so liebevoll um unsere Angehörigen kümmern, abgeschoben werden sollen“, so Juliane Müller aus Osterholz-Scharmbeck, die selbst examinierte Pflegekraft ist und deren Mutter in Haus Wilstedt lebt. „Es ist unbegreiflich, warum die Landesregierung so entscheidet.“

Die betreffenden Pfleger und Pflegerinnen hatten Asylanträge gestellt und diese ausreichend begründet und belegt. Der zwanzigjährige Diego Arenas aus Ocana,

Kolumbien, und seine Mutter flohen aufgrund von Rekrutierungsversuchen durch die ELN (Ejército de Liberación Nacional, die „Nationale Befreiungsarmee“), eine Guerillabewegung. Die fünfundzwanzigjährige Valentina Tascon, studierte Bauingenieurwesen, ist in Kolumbien durch Schutzgeldforderungen an ihre Familie an Leib und Leben bedroht. Beide erhielten trotz Nachweisen der Bedrohung aus nicht nachvollziehbaren Gründen eine Ablehnung ihres Asylantrags.

Tino Wohlmacher, der Heimbetreiber von Haus Wilstedt, hat für die zehn Pflegekräfte Mietwohnungen besorgt, die Kinder gehen hier zur Schule, die Menschen engagieren sich in ihrem Job und in Vereinen. „Es ist absolut unverständlich, warum Menschen, die so gut integriert sind, hier Steuern zahlen und das Sozialsystem stützen, abgeschoben werden sollen“, sagt er. Neben den persönlichen Auswirkungen für die betroffenen Pflegekräfte hat dies auch weitreichende Folgen für das Pflegeheim: „Wenn diese Pflegekräfte wegfallen, muss ich das Haus zumachen. Es gibt einfach keinen Ersatz – bei dem Pflegenotstand. Und bei dem Grad an Demenz, den unsere Bewohner haben, bleibt für sie nur eine Unterbringung in einer gerontopsychiatrischen Einrichtung. Alle, die von der Abschiebung direkt und indirekt betroffen sind, verlieren dabei.“

Die Lage in Haus Wilstedt ist kein Einzelfall. Angesichts des Arbeitskräftemangels in der Pflege muss also nicht nur für das Land Niedersachsen eine Lösung gefunden werden. Bundesweit gibt es etliche Fälle, in denen systemrelevante Arbeit von jenen erledigt wird, die hierzulande von Abschiebung bedroht sind. Es muss – so die Forderung der Heimleitung von Haus Wilstedt sowie der Angehörigen und Pflegekräfte – unbefristetes Bleiberecht garantiert werden, gerade wenn Menschen sich integrieren und wichtige soziale Arbeit übernehmen. Mit Haus Wilstedt ist nun ein ganzes Heim bedroht.

„Da der Pflegenotstand mit dem demographischen Wandel im Lauf der Zeit immer drängender wird, muss dafür Sorge getragen werden, dass das Pflegesystem nicht zusammenbricht, sondern gestärkt wird“, so auch Angehörige Juliane Müller, die bei einer großen Pflegekasse arbeitet.

Heimbetreiber Tino Wohlmacher möchte seine aus Kolumbien stammenden Pflegekräfte langfristig beschäftigen. „Sie leisten einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft“, sagt er. „Unser Land kann es sich nicht leisten, sie auszuweisen, das ist unzeitgemäß – und ganz davon abgesehen finde ich es unmenschlich, sie der Bedrohung in ihrem Herkunftsland auszusetzen. Die Landesregierung und Bundesminister sind gefordert, hier schnell einzugreifen und zu helfen.“

Pressekontakt:

Haus Wilstedt Betreuungs GmbH

Tino Wohlmacher, Dipl.-BW / Prokurist

Hauptstraße 40

27412 Wilstedt

Telefon: 04283 5540

Telefax: 04283 6153

E-Mail: info@hauswilstedt.de

Web: www.hauswilstedt.de

Stellvertretend für die Angehörigen:

Dr. Isabelle Schwarz, Telefon: 01525 - 3919769

E-Mail: schwarz-isabelle@web.de

Anne Weiss, Telefon: 0157-53026440

E-Mail: ak.schwarz@gmx.de

Anhang:

Offener Brief der Angehörigen

Ablehnungsbescheide und weitere Informationen auf Anfrage